

Es ist normal, verschieden zu sein

VBE: Inklusion – ja, aber richtig!

Die Inklusion, das gemeinsame Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern, muss zügig, aber mit Augenmaß umgesetzt werden. Dabei müssen die Länder die Voraussetzungen schaffen, damit die Inklusion weder auf dem Rücken der Kinder noch auf dem der Lehrer ausgetragen wird. Das forderte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann. Dazu gehören u. a. kleinere Klassenverbände und weniger Wochenstunden für die Lehrer, damit sie sich auf den Unterricht vorbereiten können. Außerdem müssen zusätzliche Lehrer eingestellt werden, um den Anforderungen an den Lehrauftrag gerecht zu werden. „Deswegen ist in diesen Klassen eine Doppelbesetzung erforderlich, von einem Lehrer der allgemeinbildenden Schule und von einem Lehrer mit sonderpädagogischer Qualifikation. Darüber hinaus müssen die Schulen Unterstützung von Netzwerken verschiedener Professionen bekommen“, betonte Beckmann.

Auf der Bildungsmesse didacta, die Mitte Februar in Hannover stattfand, sprach er sich auf einer Podiumsdiskussion des Verbandes Bildungsmedien e.V. für eine zeitnahe Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aus. Voraussetzung müsste aber sein, dass sowohl die Kinder mit als auch ohne Behinderung zu Gewinnern des Systems würden.



Inklusion Thema im VBE-Bundesvorstand Anfang Februar.
V.l.n.r. Dr. Marianne Hirschberger, Deutsches Institut für Menschenrechte, VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann, Gerhard Brand, VBE-Bundesschatzmeister

Gemeinsames Lernen schule beide Gruppen, so Beckmann. Sie lernen voneinander nicht nur den Spaß am Neuen, sondern auch, dass „anders sein“ normal ist. Respekt und Rücksichtnahme finden so fließend Einzug in die persönliche Entwicklung der Kinder.

Bundesweit brauchen laut der letzten Erhebung der Kultusministerkonferenz 397.554 Kinder eine spezielle Förderung, vor allem im Förderbereich Lernen (206.703). Aber auch die Bereiche Sprache (52.087 Kinder) und emotionale und soziale Entwicklung (59.200 Kinder) müssen die Lehrer verstärkt fördern.

didacta 2012 in Hannover

„Jeder Euro, der in die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen fließt, rentiert sich mehrfach.“ Mit diesen Worten eröffnete Kultusminister Dr. Bernd Althusmann als Gastgeber des Landes Niedersachsen die weltgrößte Bildungsmesse didacta am 14. Februar in Hannover. Er wies indirekt auf den Finanzierungsstau hin, der sich angesichts des Umbaus der deutschen Unterrichtshalbtagschule zu einer Ganztagschule, des bildungstechnologischen Wandels zum digitalen „mobilen Lernen“, des frühkindlichen und inklusiven gesellschaftlichen Bildungsauftrags und des globalen Wissens- und beruflichen Wettbewerbs in Kommunen, Ländern und Bund gebildet hat. Althusmann plädierte für klare Regeln einer möglichen Zusammenarbeit mit dem Bund, insbesondere einer besseren Finanzausstattung der Länder, um ein leistungsfähiges und international konkurrenzfähiges Schul- und Hochschulsystem zu garantieren.

Wilmar Diepgrond, Vorsitzender des Verbandes Bildungsmedien e.V., sprach auf der didacta in seinem Grußwort Klartext: „Bildung ist heute Deutschlands wichtigste Ressource. Damit Bildungsreformen gelingen, müssen jedoch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.“ Davon könne aber angesichts der tatsächlichen 4,8 % des Bruttoinlandprodukts für Bildung statt der bis 2015 versprochenen 7 % nicht die Rede sein, kritisierte Diepgrond. Dabei verwies er auf die dringend notwendige Professionalisierungsoffensive der Frühpädagogen und Grundschullehrkräfte einschließlich deren Vergütung. Den Bund-Länder-Kommunen-Streit um Kompetenzen halte er für überholt, es gelte „konstruktiv miteinander zu kooperieren“.

Die Bildungsforen und Fortbildungsangebote auf der didacta 2012 haben die angerissenen Themen mit Wissenschaftlern, Bildungsverantwortlichen und Schulpolitikern auf vielfältige Weise beleuchtet. Der Auftrag zur inklusiven Bildung war dabei ein Schwerpunktthema.



Am VBE-Stand v.l.n.r. KMK-Präsident Ties Rabe, Ministerin für Schule und Weiterbildung NRW Sylvia Lohrmann, VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann, Dr. Bernd Althusmann, Niedersächsischer Kultusminister

Auch am VBE-Stand war die Umsetzung der Inklusion Gesprächsthema. Der Umgang mit Heterogenität verlangt die Umorganisation unserer Schulen zu echten Ganztagschulen.

Die 35 Workshops, Diskussionsrunden und musisch-kreativen Events am VBE-Stand fanden großen Zuspruch. Die Standbesucher aus vielen Bundesländern nutzten die Gelegenheit, mit „ihren“ VBE-Repräsentanten ins Gespräch zu kommen. Der gemeinschaftliche Standauftritt von elf VBE-Landesverbänden machte deutlich, wie Kooperation über Ländergrenzen erfolgreich gelingen kann.

Holocaust-Gedenktag 2012 in Krakau

Auch in diesem Jahr nahmen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Israel, Polen und Deutschland die Gelegenheit wahr, am 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag, der Opfer des Naziterrors zu gedenken. Sie legten in Auschwitz-Birkenau einen Kranz nieder, auf dessen Schleife die Worte „Never again“ zu lesen waren. Zur Gruppe gehörten zum ersten Mal auch junge Kolleginnen und Kollegen.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Auschwitz

Im Anschluss fanden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem Seminar zusammen, das von der Friedrich-Ebert Stiftung unterstützt worden war. Hier ging es darum, gemeinsam auch zukünftig zu gewährleisten, dass sich so ein Geschehen niemals wiederhole. In der Diskussion wurde deutlich, wie wichtig die Zeitzeugen waren, die aus eigenem Erleben berichten konnten. Einig war man sich, dass nun, nachdem die Zahl der Zeitzeugen immer mehr abnimmt, andere Unterrichtsmodelle entwickelt werden müssten.

Gerade die jüngeren Kolleginnen und Kollegen wünschen sich, einen Beitrag zum Motto „Never again“ zu leisten. Sie wollen noch in diesem Jahr ein Treffen organisieren, auf dem sie die Eindrücke des Besuches in Auschwitz für ihre Tätigkeit in Schule und Gesellschaft verarbeiten wollen. Es sollen auch Vertreterinnen und Vertreter der Adj eingeladen werden. Ein Teilnehmer erweiterte das Motto dieser sehr intensiven Veranstaltung treffend zu „Never again, nowhere“.

Hochschulen auf den Prüfstand

Die Grundgehälter von Hochschulprofessoren sind zu niedrig und gehören deshalb bundesweit auf den Prüfstand, so das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Februar 2012. „Mit der Umstellung des Besoldungssystems im Wissenschaftsbereich in 2005“, so Jutta Endrusch, Vorsitzende der VBE-Bundesfrauenvertretung, „wurde das Grundgehalt der Professoren um 25 % abgesenkt. Dies ist ein Skandal angesichts der Tatsache, dass die Betroffenen im Schnitt 42 Jahre alt sind, wenn sie endlich eine Professur erhalten. Trotz der ständig steigenden Studierendenzahl bleibt die Zahl der Professuren praktisch unverändert.“ Überfüllte Hörsäle und Seminare sowie parallel laufende Pflichtveranstaltungen seien die Folge – das führe letztlich zu einer Überschreitung der Regelstudienzeit. Die umgehende Streichung des BAföGs ist für Endrusch nicht hinnehmbar.

„Die Verantwortlichen sollten einen Blick in den 1. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung werfen. Die Sachverständigen empfehlen ein Erwachsenen-BAföG ohne Altersbegrenzung, aber mit Teilzeitstudiengängen. Die Umsetzung und Finanzierung dieser Empfehlungen könnten ein erster Schritt zur Geschlechtergleichwertigkeit sein.“ Angesichts der demografischen Entwicklung könne damit ein Beitrag zum Lernen im Lebensverlauf sowie zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie mit Aus- und Weiterbildung geleistet werden, betonte Endrusch.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE